

gesellschaft
für **bedrohte**
völker

FÜR RELIGIONS- FREIHEIT. WELTWEIT.



Foto: rachidH - flickr.com

Eine Initiative der
Gesellschaft für bedrohte Völker

Für Religionsfreiheit. Weltweit.

In vielen Teilen der Welt werden nicht nur einzelne Menschen, sondern auch ganze Gemeinschaften nur aufgrund ihres Glaubens diskriminiert, verfolgt, vertrieben oder getötet. Nicht selten ist das Klima zwischen verschiedenen Religionsgemeinschaften angespannt oder vergiftet, der Alltag von Misstrauen und Gewalt geprägt. Eine Versöhnung ist in solch einer aufgeheizten Stimmung oft sehr schwierig. Mit Sorge schauen wir dieser Tage nach Syrien, nicht nur wegen des anhaltenden Krieges, den das Assad-Regime gegen die eigene Bevölkerung führt, sondern auch wegen der zunehmend von islamistischen Gruppen unterwanderten Widerstandsbewegung. Das ist für dieses Land mit seiner Vielfalt von religiösen und ethnischen Minderheiten eine gefährliche Bedrohung. Vor diesem Hintergrund ist auch eine Lieferung von 800 Panzern aus Deutschland an Saudi-Arabien verantwortungslos. Denn dies stützt ein Regime, das weit über die Region hinaus den radikalen gewalttätigen Islamismus finanziert und fördert.

Insbesondere im Nahen Osten hat in den vergangenen Jahren die Verfolgung „Andersgläubiger“ stark zugenommen. Die Gesellschaft für bedrohte Völker ist bestürzt über die Gewalt, Diskriminierung und Vertreibung, von der koptische Christen in Ägypten und die Assyrer-Chaldäer-Aramäer im Irak betroffen sind, und erschüttert über die täglich zunehmende Massenflucht syrischer Christen und Yeziden vor dem Bürgerkrieg. Unsere Mitarbeiter sind auch ständig mit der Verfolgung der muslimischen Rohingya in Burma und Bangladesch konfrontiert. In Tibet haben sich schon 72 Menschen aus Verzweiflung über die Unterdrückungspolitik Chinas selbst verbrannt (Stand: 15.11.12). Die meisten von ihnen waren junge buddhistische Mönche oder Nonnen. Unfassbar ist auch das harte Gerichtsurteil gegen vier Falun-Gong-Anhänger aus der chinesischen Stadt Harbin. Allein aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu der Meditationsbewegung erhielten sie mehrjährige Haftstrafen.

Wenn Bundeskanzlerin Angela Merkel, begleitet von einer Wirtschaftsdelegation, nach China reist, werden Menschenrechtsverletzungen kaum erwähnt. Eine tatsächliche, ehrliche Menschenrechtspolitik sieht aber anders aus! Sie muss Menschenrechtsverletzungen überall und jederzeit verurteilen, ganz gleich ob nun Christen, Muslime, Hindus oder Buddhisten die Opfer sind. Sie muss durch eine stringenter Außenpolitik deutlich machen, dass sie religiöse Toleranz und nicht Hass und Verfolgung fördert.



Eine gläubige Buddhistin auf dem Gebetsweg Barkhor in Tibet
© Prasad Kholkute - flickr.com

Muslimische Rohingya in Burma als gleichberechtigte Bürger anerkennen

Seit Juni 2012 eskalieren die Spannungen zwischen muslimischen Rohingya und buddhistischen Rakhine in dem überwiegend buddhistischen Vielvölkerstaat Burma. Dutzende Menschen starben bei Auseinandersetzungen und aufgrund des brutalen Vorgehens der Sicherheitskräfte gegen die muslimische Minderheit. Anfang Oktober steckten buddhistische Fanatiker die 800 Jahre alte Moschee der Stadt Sittwe in Brand. Muslime sind aufgrund der Gewalt nur noch in einem Wohnviertel von Sittwe geblieben, aus mehr als einem Dutzend Stadtteilen wurden sie bereits vertrieben. Mehr als 100.000 Rohingya leben auch ein halbes Jahr nach Ausbruch der Gewalt noch immer in Flüchtlingslagern. Die Camps ähneln Gefängnissen. Aus Angst vor Angriffen der buddhistischen Mehrheitsbevölkerung wagen es viele Muslime nicht, die Lager zu verlassen.

Trotz internationaler Appelle beendet die Regierung Burmas bislang nicht ihre unmenschliche Politik der Ausgrenzung der Rohingya. Systematisch wird ihnen die Staatsbürgerschaft sowie die Registrierung von Hochzeiten und Geburten verweigert. Dabei sind die meisten Rohingya bereits seit Generationen in Burma ansässig. Selbst ihre Bewegungsfreiheit wird gezielt eingeschränkt. So dürfen Muslime ihre Dörfer nur mit offizieller Genehmigung verlassen, viele werden an der Ausübung ihres Glaubens gehindert. **Muslime und Angehörige anderer religiöser Minderheiten müssen ihre Religion frei ausüben können und endlich als gleichberechtigte Bürger Burmas anerkannt werden!**

Glaubensfreiheit für Tibeter

„Freiheit für Tibet, lang lebe der Dalai Lama“, rief der 41 Jahre alte Gundrup, bevor er sich Anfang Oktober 2012 mit Benzin übergoss und selbst anzündete. Seit Februar 2009 haben sich bereits 72 Tibeter auf so schreckliche Weise das Leben genommen (Stand: 15.11.12). Hoffnungslosigkeit breitet sich unter den Tibetern aus, da ihnen die Glaubensfreiheit verweigert wird. Ihr religiöses Oberhaupt, der Dalai Lama, wird systematisch aus dem öffentlichen Leben ihrer Heimat verbannt. Sie dürfen kein Foto von ihm besitzen, seinen Namen nicht öffentlich



Kirche im christlichen Viertel von Aleppo
© Marti McFly - flickr.com

erwähnen. Buddhistische Nonnen und Mönche werden von Parteifunktionären regelmäßig Gehirnwäschen unterzogen. Sie sollen sich schriftlich vom Dalai Lama distanzieren. Wer sich weigert, muss das Kloster verlassen und darf nicht länger Nonne oder Mönch sein.

Seit Beginn der Selbstverbrennungen haben chinesische Sicherheitsbehörden die Kontrollen und Razzien in den Klöstern nochmals verschärft. Die meisten tibetischen Äbte wurden abgelöst. Nonnen und Mönche werden willkürlich verhaftet, gefoltert und in Geheimverfahren zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Den designierten Nachfolger des Dalai Lama, den Panchen Lama, einen der höchsten religiösen Würdenträger des tibetischen Buddhismus, ließen die chinesischen Machthaber entführen und durch eine regimetreue Person ersetzen. Diesen neuen Panchen Lama ließen sie öffentlich vor Geheimdienstmitarbeitern auftreten, die als tibetische Mönche verkleidet waren. **Mit unserer Tibet-Arbeit möchten wir dazu beitragen, dass China seine Tibet- und Nationalitäten-Politik grundlegend ändert. Nur so kann in diesen tibetischen Provinzen endlich Ruhe eintreten. Dazu gehört nicht zuletzt die religiöse Freiheit für die buddhistischen Tibeter und muslimischen Uiguren!**

Assyrer-Chaldäer-Aramäer noch immer von Vertreibung bedroht

Angriffe auf Kirchen, Vertreibung und Verschleppung, Entführungen und Morddrohungen prägen vielfach den Alltag der christlichen Minderheiten im Nahen Osten. Weltweit leben mehrere Millionen Assyrer-Chaldäer-Aramäer als Flüchtlinge oder deren Nachkommen. Aus dem Irak haben islamische Fanatiker bereits drei Viertel der 2003 noch dort ansässigen 650.000 Assyrer-Chaldäer-Aramäer vertrieben. Bis zu 100.000 von ihnen wurden im autonomen Bundesland Irakisch-Kurdistan und der angrenzenden, selbstverwalteten Niniveh-Ebene aufgenommen.

Doch nun muss diese christliche Minderheit aufgrund des blutigen Bürgerkrieges auch aus Syrien fliehen. Jetzt haben die Kämpfe die kurdischen und christlichen Stadtviertel in Damaskus und Aleppo sowie die Provinz al-Hasaka erreicht. Die Bevölkerung gerät zwischen die Fronten der syrischen Armee und der Widerstandsbewegung.



Christen in Nigeria geben die Hoffnung nicht auf und halten Gottesdienste auch in zerstörten Kirchen ab © MikeBlyth - flickr.com

Wir können vieles für diese Minderheit tun. Wir arbeiten mit ihren großen Gemeinschaften, die unter uns leben, zusammen, fordern die Aufnahme ihrer Flüchtlinge und Vertriebenen in Deutschland, fordern von unseren Kirchen immer wieder Solidarität, appellieren an Bund und Länder, die Flüchtlinge in den Nachbarländern Syriens wirksam zu unterstützen.

Nigerias Christen fordern Ende der Gewalt

Im Juli 2012 verbrannten im Dorf Maseh in Zentralnigeria mehr als 50 Christen bei lebendigem Leib. Radikale Islamisten hatten das Haus des Pastors angezündet, nachdem sie darin Zuflucht gesucht hatten. In elf weiteren Dörfern der Region wurden zeitgleich christliche Einrichtungen niedergebrannt. Insgesamt starben mehr als 100 Menschen bei dem Massaker.

Vor allem sonntags werden voll besetzte Kirchen von Anhängern der radikal-islamistischen Bewegung Boko Haram angegriffen. So wurden 25 Gläubige in einer Kirche in der Stadt Okene (Bundesstaat Kogi) getötet, als Anfang August 2012 Attentäter wahllos in das Gotteshaus schossen. Ein Selbstmordattentäter zündete Ende September 2012 vor der katholischen Johannis-Kathedrale einen Sprengsatz. Vier Christen starben, 48 Menschen wurden verletzt.

Seit der Eskalation der Gewalt 2010 fielen dem Terror von Boko Haram rund 3.000 Menschen zum Opfer. Auch liberale Muslime werden von der Terrororganisation umgebracht. Zehntausende christliche Biafraner, die in den überwiegend muslimischen Bundesstaaten im Norden Nigerias lebten, sind bereits in den christlichen Südosten geflohen. Bereits 1967-1970 fielen in Biafra zwei Millionen Menschen einem Völkermord zum Opfer. Vor allem Kinder und Alte starben während des Genozids, für den die Firmen Shell/BP und die britische sowie sowjetische Regierung mitverantwortlich waren. Jetzt will Boko Haram die Regierung Nigerias stürzen und einen islamistischen Gottesstaat errichten. Doch Nigeria ist ein Vielvölker- und Vielreligionen-Staat, in dem seit Generationen Christen und Muslime leben. **Wir müssen deutsche und internationale Parteien, Institutionen und Regierungen mobilisieren, damit die Angriffe der Fanatiker gestoppt und Nigeria stabilisiert werden kann.**



Christliche Andenken in einem Geschäft in Hanoi
© CharlesFred - flickr.com

Vietnams Christen und Buddhisten in Not

Wer sich in Vietnam weigert, seinen Glauben ausschließlich innerhalb der offiziell registrierten und streng überwachten Religionsgemeinschaften zu praktizieren, riskiert Verfolgung und langjährige Haftstrafen. So wurde im März 2012 der Mennoniten-Pastor Nguyen Cong Ching in einem Schnellverfahren zu elf Jahren Gefängnis verurteilt. Er war öffentlich für mehr Glaubensfreiheit eingetreten und hatte sich für die Rechte von Ureinwohnern in seiner Gemeinde stark gemacht. Der evangelische Christ Phan Ngoc Tuan wurde im Juni 2012 zu fünf Jahren Gefängnis und drei Jahren Hausarrest verurteilt, weil er in Petitionen und auf Flugblättern Religionsfreiheit gefordert hatte. Auch die engagierte Schriftstellerin und Christin Ho Thi Bich Khuong erhielt fünf Jahre Kerker und dazu noch fünf Jahre Hausarrest. Ihr Verbrechen: Sie leugnete ihren christlichen Glauben nicht. Bis heute ungeklärt: das Verschwinden von 17 jungen Katholiken, die 2011 in der Umgebung der Hauptstadt Hanoi inhaftiert wurden, nachdem tausende Gemeinde-Mitglieder für ihren Glauben demonstriert hatten. Noch immer warten wir auf ein Lebenszeichen von ihnen.

Auch führende Buddhisten werden seit Jahren als politische Gefangene festgehalten, Angehörige der buddhistischen Khmer-Krom-Minderheit in der Ausübung ihres Glaubens behindert. **Wir müssen die Bundesregierung immer wieder auffordern, die offizielle deutsch-vietnamesische „strategische Partnerschaft“ für diese verfolgten Christen und Buddhisten zu nutzen!**

**Für Religionsfreiheit.
Weltweit.**



Trauer um Angehörige, die beim Massaker von Srebrenica ums Leben gekommen sind © Adam Jones, Ph.D. - Global Photo Archive - flickr.com

Religionsfreiheit in Bosnien-Herzegowina

Bosnien-Herzegowina ist seit dem Krieg (1992-1995) ein tief gespaltenes, geteiltes Land. Während des Krieges wurden Gotteshäuser der islamischen und weitgehend auch der katholischen Gemeinschaften, darunter 1.189 Moscheen und Medresen und bis zu 500 katholische Kirchen und Gemeindehäuser, sowie 38 orthodoxe Kirchen völlig zerstört. Hauptopfer des Bosnienkrieges und des Genozids waren jedoch die Bosniaken (bosnische Muslime) und die mit ihnen eingeschlossenen kroatischen und serbischen Bosnier, die gemeinsam ihre Städte und Dörfer verteidigten. Jahrhunderte lang hatten Katholiken, Orthodoxe, Muslime und Juden miteinander gelebt. Zuletzt hatte Österreich-Ungarn diese Tradition fortgesetzt. Die Zerstörung Bosniens durch das Regime von Slobodan Milošević wurde von Paris und London unterstützt, von Berlin und Washington nicht verhindert. Bis heute ist das Land de facto geteilt. Jeder dritte Bosnier konnte bis heute nicht in seinen Heimatort zurückkehren.

Wo im heute serbisch beherrschten Teil, der Republika Srpska, Moscheen standen, werden häufig Parkplätze, Flohmärkte oder Müllhalden errichtet. Rückkehrer beklagen sich über die Schändung von Friedhöfen und Angriffe auf Geistliche. Auf dem Gebäude der Moschee in Prijedor tauchte die Aufschrift auf: „Muslime und Zigeuner gehören in Lager“. Diese Stadt war während des Krieges von drei serbischen Konzentrationslagern für Bosniaken und Kroaten umgeben.

Deutschland wurde wiedervereinigt, Bosnien nur wenige Jahre später zerstört und geteilt. Die Regierungen Europas und der USA müssen dieses Land wiedervereinigen, damit das Zusammenleben der ethnischen und religiösen Gemeinschaften wieder möglich wird. Wir müssen auf deutsche und europäische Abgeordnete, Parteien und Institutionen einwirken, vielfältige Kontakte zu Schulen, Universitäten, Gemeinden und religiösen Führern aufzunehmen, damit ein gemeinsames Bosnien wieder entsteht und neue Ausbrüche der Intoleranz zwischen den ethnischen und religiösen Gruppen verhindert werden.



Kopten nehmen im März 2012 Abschied von ihrem verstorbenen Oberhaupt, Papst Schenuda III. © Mosa'aberising - flickr.com

Kopten in Ägypten in Bedrängnis

Im Januar 2011 zerriss eine Bombe 23 Gläubige in einer koptischen Kirche in Alexandria. 28 koptische Demonstranten wurden bei Straßenschlachten von radikal-islamischen Salafisten getötet. Junge Koptinnen werden entführt, zwangsislamisiert und zwangsverheiratet. Weil Verbrechen an Christen oft nicht geahndet werden, fliehen sie vor allem aus Oberägypten in immer größerer Zahl.

Die Kopten in Ägypten bilden mit acht bis zehn Millionen Menschen die größte christliche Gemeinschaft im Nahen Osten. Es gilt, die internationale Gemeinschaft zu alarmieren - nicht nur die christliche Welt. So darf der arabische Frühling nicht enden. **Wir müssen die politisch Verantwortlichen in unserem Land auffordern, bei jeder Begegnung mit Regierung und Parlament Ägyptens konsequent für die Sicherheit und Freiheit der Kopten einzutreten.**

Bitte unterstützen Sie uns!

Wir finanzieren unsere Menschenrechtsarbeit für Minderheiten fast ausschließlich über Beiträge und Spenden unserer Mitglieder und Förderer. So bleiben wir unabhängig von Regierungen, politischen Parteien und einflussreichen Unternehmen. Das ist wichtig, denn wer Zugeständnisse macht, riskiert oft Menschenleben! Doch unsere Kampagnen können wir nur planen, wenn Ihre Finanzierung zuverlässig abgesichert ist. Deshalb bitten wir Sie herzlich: **Stärken Sie uns den Rücken und fördern Sie unsere Menschenrechtsarbeit für Minderheiten regelmäßig.**

SPENDENKONTO 1909

Sparkasse Göttingen • BLZ 260 500 01

IBAN: DE87 2605 0001 0000 0019 09

BIC-/SWIFT-Code: NOLADE21GOE

Für Menschenrechte. Weltweit.

Gesellschaft für bedrohte Völker
Postfach 2024 • D-37010 Göttingen
Tel.: 0551 49906-0 • Fax: 0551 58028
E-Mail: info@gfbv.de • Internet: www.gfbv.de

Menschenrechtsorganisation mit beratendem Status
bei den UN und mitwirkendem Status beim Europarat